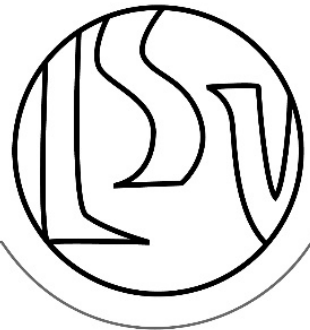




Mainz, 31. August 2026

Offener Brief der Landesschüler*innenvertretung Rheinland-Pfalz (LSV RLP)

Ein Handyverbot ist eine pädagogische Bankrotterklärung: Für eine Bildungspolitik mit statt gegen die Jugend

An die Bildungsministerin des Landes Rheinland-Pfalz, Frau Dr. Ute Eiling-Hütig, sowie die Verantwortlichen im Bildungsministerium

Sehr geehrte Frau Dr. Ute Eiling-Hütig,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir, die unterzeichnenden Organisationen, schreiben Ihnen heute nicht nur, um unseren tiefen Unmut über die aktuellen Pläne zu einem Handyverbot an unseren Schulen auszudrücken, sondern auch, um damit festzustellen, dass dieses Vorhaben nur die Symptome und nicht die Probleme an der Wurzel adressiert.

In Rheinland-Pfalz wird Schulpolitik zunehmend über die Köpfe derer hinweg gemacht, die sie am direktesten betrifft: nämlich die Schüler*innen unseres Bundeslandes. Die Konsequenz daraus: Das Vertrauen in die Politik und der Glaube an Mitbestimmung werden verspielt.

Was wir uns wünschen, ist ein Bildungsministerium, das mit uns in eine direkte Diskussion geht, und mit uns zusammen gemeinsam eine Lösung findet. Denn wie der Koalitionsvertrag im Titel auch besagt, wollen wir eine gemeinsame Verantwortung und eine gemeinsame Lösung finden, die die strukturellen Probleme angeht, und infolgedessen basisdemokratisch mit uns eine Lösung und Diskussion findet.

Wer Politik für die Jugend machen will, muss auch mit und nicht nur über die Jugend reden.

Was wir daher nicht brauchen, ist eine pauschale Verbotspolitik, die weder die gesellschaftliche Realität in unseren Schulen noch eine sinnvolle Lösung zum Thema Medienkompetenz anbietet!

Ein pauschales Handyverbot an Schulen ist keine Lösung für die Herausforderungen der Digitalisierung, im Gegenteil, es ist eine Flucht davor. Anstatt sich der pädagogischen Aufgabe zu stellen, junge Menschen im Umgang mit dem zentralen Leitmedium des 21. Jahrhunderts zu schulen, wählen Sie den Weg der einfachen Verbote.

Wir lehnen diesen Vorstoß daher entschieden ab, nicht für unseren eigenen Genuss, sondern auf der Basis einer empirischen Bildungspolitik, denn die Faktenlage spricht deutlich gegen ein solches Verbot:

1. Medienkompetenz lernt man nicht durch Abstinenz: Zahlreiche medienpädagogische Studien belegen, dass ein Verbot die Problematiken (wie Cybermobbing oder Ablenkung) lediglich in den außerschulischen Bereich verschiebt, wo pädagogische Begleitung gänzlich fehlt. Schulen müssen Schutz- und Lernräume sein, in denen ein gesunder Umgang mit digitalen Endgeräten geübt wird.
2. Reale Infrastruktur gegenüber der politischen Wunschvorstellung: In vielen Schulen in Rheinland-Pfalz mangelt es noch immer an einer flächendeckenden, funktionierenden digitalen Infrastruktur. Oftmals sind es paradoxerweise die privaten Smartphones der Schülerschaft, die als Hilfsmittel im Unterricht einspringen müssen, um digitale Recherche oder moderne Unterrichtsformen überhaupt erst zu ermöglichen.
3. Pädagogisches Personal wird zu Aufsichtspersonen degradiert: Ein Verbot muss kontrolliert werden. Lehrkräfte, die ohnehin an der Belastungsgrenze arbeiten, müssten wertvolle Unterrichts- und Pausenzeit damit verbringen, als "Gerätepolizei" aufzutreten. Das zerstört das Vertrauensverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden.

Unsere Konsequenz: Wir lassen nicht länger zu, dass unsere Zukunft durch rückwärtsgewandte Symbolpolitik gestaltet wird. Ein Schulsystem, das auf Bevormundung setzt, verliert das Vertrauen derjenigen, die es eigentlich bilden soll.

Wir fordern daher unmissverständlich:

- **Die sofortige Aussetzung der in jüngster Vergangenheit bekannt gemachten Regel zum Thema Handyverbot von der 5. bis zur 10. Klasse.**
- **Die gemeinsame Entwicklung eines zeitgemäßen Mediennutzungskonzepts, das Handys als Lern- und Lebenswerkzeuge anerkennt und integriert.**
- **Eine echte, institutionelle Beteiligung der Schüler*innenvertretungen an Schulen und Kommunen, und der Landesschüler*innenvertretung bei allen künftigen Entscheidungen, die den Schulalltag strukturell verändern.**
- **Lösung der notwendigen Defizite an Bildungsangeboten (Deutschlandticket für alle Schüler*innen, Schulpsycholog*innen, Lehrkräftereserve) an allen öffentlichen Bildungseinrichtungen in Rheinland-Pfalz**
- **Den Investitionsstau (von ca. 4 Mrd.)¹ im Bildungsbereich für Sanierungsprojekte aufzulösen, den Neubau sowie Sanierungen von Schulgebäuden und Schulhöfen zu beschleunigen, um somit den Anreiz zu setzen, sich in der Gemeinschaft auf dem Pausenhof sowie im Klassenzimmer zu beschäftigen.**

Wir wollen Schulen, die konzentriertes Lernen ermöglichen, vor digitaler Gewalt schützen und digitale Medien sinnvoll integrieren. Im Mittelpunkt steht dabei unser wichtigstes Ziel: Junge Menschen sollen lernen, Verantwortung zu übernehmen und sich sicher, kritisch sowie selbstbestimmt in der digitalen Gesellschaft zu bewegen.

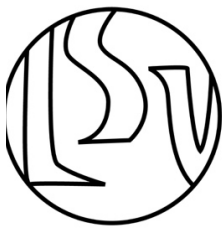
¹ Bielinski, J., Brandt, A., Windels, T. & Forschungsgruppe für Strukturwandel & Finanzpolitik. (2025). Eine Analyse der Investitionsbedarfe in Rheinland-Pfalz in ausgewählten Politikfeldern in den nächsten zehn Jahren. In https://www.dgb.de/dgb-rps-fileadmin/dateien/Dokumente/Bezirk/Studie_Zukunftsinvestitionen_sind_wichtig_web.pdf.

Deshalb sagen wir: Gegen pauschale Handyverbote. Für echte Beteiligung und starke Medienbildung.

Es ist Zeit für eine Bildungspolitik auf Augenhöhe. Zeigen Sie uns, dass Ihnen die demokratische Teilhabe und die tatsächliche Vorbereitung der Jugend im 21. Jahrhundert am Herzen liegen und wir mit Ihnen als Schüler*innen dieses Landes reden können.

Wir laden Sie hiermit herzlich zu einem direkten, transparenten Dialog mit der Landesschüler*innenvertretung ein.

Gezeichnet



Landesschüler*innenvertretung RLP



RHEINLAND-
PFALZ

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

Rheinland-Pfalz



JUSOS

RHEINLAND-PFALZ

**GRÜNE
JUGEND**
Rheinland-Pfalz



LEA RLP
Landeselternausschuss
Rheinland-Pfalz